

Solidarität

unsere Chance

Nummer 122

März/April 2015

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Arbeitslosigkeit:

500.000

Menschen

arbeitslos



Bild: Aktive Arbeitslose

Im vergangenen Winter 2014 / 2015 waren in Österreich fast 500.000 Menschen arbeitslos. Das sind doppelt so viele als noch vor fünf Jahren.

Gleichzeitig beträgt die Zahl der offenen Stellen gerade einmal ca. 22.000 (Quelle AMS). 22.000 offene Stellen für fast 500.000 Arbeitssuchende! Das heißt, nur fast jeder 23. Jobsuchende könnte überhaupt eine Arbeit finden – soviel zu Herrn Strache und Co., die ja meinen, jeder der nur wolle, würde Arbeit finden.

Die Beschäftigungszuwächse, die es gibt sind seit vielen Jahren nur mehr (meist erzwungene) Teilzeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse, weil keine anderen Jobs angeboten werden. Dabei handelt es sich zumeist um Frauen und junge Menschen. Für diese beiden Gruppen gilt besonders, dass sie dann am Ende ihres Berufslebens

mit Altersarmut konfrontiert sein werden. Das ist die eine Seite. Die andere ist die, dass diejenigen die Vollzeit arbeiten, dies bis zum Umfallen tun sollen, bis zu 12-Stunde am Tag, mit noch mehr Lohndrückerei und Sozialabbau, so stellen sich das die Unternehmer, Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer vor.

Arbeitszeitverkürzung!

Was kann man dagegen tun? Statt der kalten Arbeitszeitverkürzung mit katastrophalen Einkommenskürzungen – sprich: geringfügige oder Teilzeitjobs, Überstunden ohne Zuschlag oder überhaupt ohne Bezahlung (60 Millionen unbezahlte Mehrarbeits- und Überstunden werden pro Jahr geleistet, was den Unternehmern milliardenschwere Zusatzgewinne bringt), Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder „Mindestsicherung: Aktive und

radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist nötig.

Unmöglich? So stiegen die Dividendengewinne der Unternehmen von 9,7 Milliarden Euro im Jahr 1995 auf 31 Milliarden Euro im Jahr 2012. Die Wirtschaft würde es vertragen, die arbeitenden Menschen es absolut brauchen!

Was dem entgegensteht

Die Profitgier der Unternehmer und Konzerne. Und: SPÖ-, AK-, und Gewerkschaftsspitzen als offizielle Vertreter der Arbeiter und Angestellten spielen mit ihrer „Sozial“partnerschaft den Unternehmerinteressen in die Hände. Doch die Aufgabe von AK, SPÖ und Gewerkschaften wäre es, den frechen Unternehmerbegehrlichkeiten entgegenzutreten und dagegen die Menschen zu organisieren, statt sie zu beruhigen und auf „Kompromisse“ mit der Unternehmenseite einzuschwören.

Pensionen:

Derf's a bisserl mehr sein?



Die beiden Herren haben gut lachen! 15 (!) Euro mehr pro Monat für die Pensionisten wollen sie ausverhandeln.

Das ist der Vorschlag der früheren langjährigen Politiker und nunmehrigen Pensionisten- bzw. Seniorensprecher Karl Blecha von der SPÖ und Andreas Khol von der ÖVP. Sie verdienen in der Pension ein Vielfaches von dem, was ein Durchschnittsrentner bekommt. Ganz zu schweigen von den Mindestpensionisten.

Aber die beiden Herren haben sich ins Zeug gelegt und sind bei der Regierung vorstellig geworden, damit auch die kleinen Pensionisten, besonders diejenigen, die unter der Steuerpflicht liegen, also weniger als 11.000 Euro im Jahr erhalten, etwas drauf bekommen.

Tja, die Betonung liegt wirklich auf „etwas“. Herr Blecha will eine Ausweitung der Negativsteuer, sein schwarzer Zwillingsprecher Khol – man höre und staune – will 15 Euro netto mehr pro Monat für Kleinpensionisten.

Na hoffentlich haben sich die beiden Herren nicht übernommen. Diese ehrenwerten Vertreter verdienen am Tag (!) mindestens 70-mal soviel als sie für die Kleinpensionisten per Monat bei der Regierung herausverhandeln wollen. Wenn's nicht so eine bodenlose Frechheit wäre, dann müsste man wohl sagen: Derf's a bisserl mehr sein?

Voith-Schließung in St. Pölten

Schon im September 2013 wollte der deutsche Mutterkonzern über 250 Beschäftigte kündigen.

Der Betriebsrat konnte damals erreichen, dass ca. die Hälfte bleiben konnte. Jetzt soll die Papiermaschinenherzeugung in St. Pölten ganz geschlossen werden, 150 Arbeiter ihren Job verlieren. Obwohl die Schließung schon im August 2014 geplant gewesen sein soll, erfuhr der Betriebsrat erst Anfang Februar davon. Damit hat der deutsche Voith-Konzern die Informationspflicht nach österreichischem Gesetz missachtet.

Warum soll geschlossen werden? Der Voith-Standort St. Pölten steigerte im Vorjahr Aufträge und

schrieb Gewinne. Das bestätigt auch der Betriebsrat: „Die Auslastung ist sehr gut und der Paper-Standort St. Pölten erwirtschaftete im Vorjahr einen Gewinn in zweistelliger Millionenhöhe“, so Betriebsratsvorsitzender Hans-Joachim Haiderer. Dass sich das Konzernergebnis verschlechtert habe, sieht er als Folge der Einsparungspolitik der vergangenen Jahre: „Wir haben viel Know-how verloren und beschäftigen uns mit uns mehr als mit dem Markt.“ (orf, 13.2.15)

Die Konzernmutter will Aktivitäten und auch eine wichtige und große Maschine nach Asien verlagern. Die Vorgehensweise erinnert an die Kündigungen bei der KBA-Mödling im Vorjahr, wo die deutsche Muttergesellschaft ähnlich

verfuhr. Die Gewerkschaft fordert einen Sozialplan und Strafen bei Verletzung der Informationspflicht.

*

Wieder zieht sich eine Firma aus Österreich zurück und die Politik schaut zu. Oft werden Firmen teuer hereingeholt und gefördert. Wenn alles lukriert ist, ziehen sie weiter zum nächsten, billigeren Standort. Oft wurde in ähnlichen Fällen von Gewerkschaft und Regierung gesagt, dass dem ein Riegel vorgeschoben gehört. Geschehen ist nichts. Von AK bis ÖKB wird Unterstützung angeboten – für die Schließungsabwicklung. Das lindert vielleicht kurzfristig das Leid der Betroffenen. Langfristig schafft es aber keine Zukunft.

Preisentwicklung:

Hurra, die Strompreise fallen – Schmecks!

Wir sollen uns freuen – oder doch nicht? Die Teuerung im Jänner sei, so die Statistik Austria, mit 0,6 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Dass dies mit den realen Preisen des täglichen Lebens nichts zu tun hat, wissen die Experten natürlich genau. Zugeben dürfen

sie's nicht, deshalb reden sie von der „gefühlten Inflation“. Weil eben das, was statistisch von Gesetzes wegen erfasst wird, absichtlich weite Lebensbereiche der Bevölkerung, insbesondere der unteren Schichten, nicht abbildet. Und so wird aus einer Strompreissenkung

zum Beispiel eine Strompreiserhöhung. Wie geht das? So sank zwar der Preis für die kWh Strom um 4,8 Prozent, gleichzeitig aber stiegen die Strom-Grundgebühren bzw. -Grundpauschalen um satte 43,5 Prozent.

Steuerreform Moloch Staat?

Mitte oder Ende März soll die „Steuerreform“ stehen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe zeigt sich immer deutlicher, dass sich auch diese „Reform“ die arbeitenden Menschen selber bezahlen dürfen.

Was auf der einen Seite gegeben werden soll, wird auf der anderen gleich wieder aus der Tasche gezogen – wenn es uns nicht schon zuvor über die Jahre vorenthalten wurde.

Zuletzt haben die SPÖ-Spitzen, um mit der ÖVP einen Kompromiss zu finden wie es heißt, vom Wahlversprechen einer Vermögenssteuer, die den Namen verdient und die arbeitenden Menschen entlastet, verabschiedet. Doch was ist das für ein Kompromiss, bei dem die Arbeiter und kleinen Angestellten nichts bekommen, die Bauern und Unternehmern aber fein aussteigen. Die SPÖ hat, um des Verbleibs in der Regierung wegen, wieder einmal nachgegeben.

Die SPÖ hat sich von ihrer berechtigten Forderung nach einer Vermögenssteuer verabschiedet. Damit tritt sie offen und ohne jeden Genier den Willen der deklarierten eine Million Menschen, die die ÖGB-Initiative für eine gerechte Steuerreform unterschrieben haben, mit Füßen, ebenso ihre Wähler und alle einfachen arbeitenden, arbeitslosen oder pensionierten Menschen. Und was macht der ÖGB? Er ärgert sich öffentlich und schaut zu.

Das macht die Reichen, Großunternehmer, Banken und ihre Medien und Parteien wie ÖVP, FPÖ, Team Stronach oder Neos noch frecher. Denn damit die Reichen und Unternehmer ja nicht zur Kasse gebeten werden, wird entweder das Lied angestimmt, bei

den Reichen sei ja nichts zu holen, oder – wie es zuletzt Wirtschaftskammer-Chef Leitl in seiner „Aschermittwochsrede“ tat – damit gedroht, dass „bei einer Vermögensbesteuerung die Reichen flüchten und nicht mehr in Österreich investieren würden“ (ORF, Ö1-Mittagsjournal, 19.2.2015).

Als weiteres riesiges Ablenkungsmanöver dient das in allen Medien gespielte Lied vom „Moloch Staat“, der soviel koste, soviel verjuxe, wo daneben die Vermögen der Reichen verblassen würden und deshalb eine Besteuerung des Vermögens der Reichen unnötig, weil unerheblich sei.



Vielleicht „unerheblich“ im wahrsten Sinne des Wortes. Denn bei den reichen Bauern und bei den Großunternehmern, Banken, Versicherungen und Konzernen wird bei der Bilanzstellung und Vermögensaufteilung aufgrund der unternehmerfreundlichen Gesetze und Steuervorschriften, oft gar nicht real erhoben, welche umfangreichen Werte da wirklich vorhanden sind. Da gibt es viele Möglichkeiten der Gewinnminimierung, ja der bilanzmäßigen Verlustdarstellung, Geldabzackung und Geldverschiebung usw.

Die vielen, gerade jetzt immer mehr platzenden Korruptions- und Spekulationsskandale – bis hin z.B. zur Hypo-Alpe-Adria, zeigen dies. Wie sagte schon im Rahmen des Bawag-Prozesses ein Zeuge vor Gericht: Das Geld ist nicht weg, Frau Rat, es hat nur jemand anders.

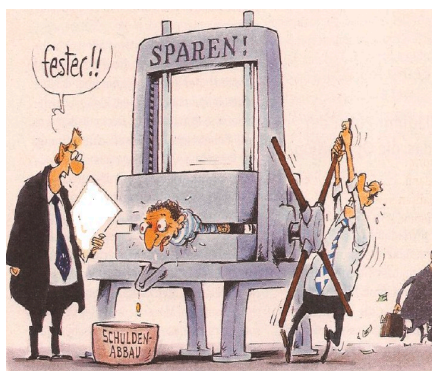
Die „Frau Rat“ von damals war die mittlerweile berühmt berüchtigt gewordene Richterin und spätere Ministerin und danach König-Abdullah-Zentrum-Chefin Bandion-Ortner. Frau Rat ging diesem Hinweis nicht nach. Und so geschah es bei vielen anderen in die „Bankenkrise“ und andere Spekulationen noch immer verstrickte Unternehmen und Personen ebenso: keine Verfolgung, keine Anklage, Niederschlagungen, Verjährungen, Freisprüche, Fälle im Sand verlaufen lassen, usw. ...

Sicher, der Staat ist oft aufgebläht. Aber meist dann und deswegen, wenn und weil er mit viel Aufwand und Beamtenapparat immer kompliziertere Gesetze, Verordnungen und dergleichen erlässt, die letztlich vor allem den Reichen, Großunternehmern, Banken, Versicherungen, Konzernen usw. nützt.

Der Staat betreibt immer mehr Aufwand dafür, die arbeitenden Menschen in der von der Unternehmenseite durch Rationalisierung und Profitmaximierung erzeugten Arbeitslosigkeit bloß zu verwalten, oft zu schikanieren. Und der Staat gibt immer mehr für „Sicherheit“ aus, die v.a. die Reichen und Besitzenden schützen soll. Während für die Steuerreform kein Geld da ist, hat das Innenministerium nach dem Terroranschlag von Paris gleich einen dreistelligen Millionenbetrag zur Aufrüstung der „inneren Sicherheit“ ohne viel Diskussion im Handumdrehen erhalten.

Dass der „teure Staat“ als der eigentliche Verhinderer einer echten Steuerreform hingestellt wird und die Politiker als „Absahner“, nützt vor allem den Kapitalisten. „Der Staat soll sparen“ trommeln diejenigen, die unermesslich mehr – siehe Vermögensverteilung (1% besitzt 50% des Vermögens) – als die arbeitenden Menschen haben, auch noch ein Vielfaches von Politikern an Jahressalär und Boni einstreifen. Sie sparen in keiner Weise bei sich selbst oder an ihrem Vermögen, Privatstiftungen usw., treten oft und gerne medienwirksam

in vielen TV-Sendern als liebenswerte, sich väterlich oder mütterlich gebende Sponsoren und Förderer bzw. „Mäzene“ von Kultur, Kunst und ein paar Jungunternehmern auf. Und die Politiker aller Farben jubeln entweder dazu oder appellieren bloß an den „Gerechtigkeits-sinn“ der Unternehmer, wollen uns einreden, dass eine rötlich oder grün gefärbte Profitwirtschaft besser für uns sei, als die kohlrabenschwarze oder blauverlogene von ÖVP, FPÖ, Neos und dergleichen.



Doch das Mäzenatentum der heimischen Milliardäre und Oligarchen, das hier sprießt, ist auf dem Rücken der arbeitenden Menschen entstanden, weil die Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Pensionisten, SPÖ und ÖGB, ihren Frieden mit den Kapitalisten suchen, statt mit und für die arbeitenden Menschen dagegen zu kämpfen.

Bekannt ist diese Politik als Sozialpartnerschaft.

Das Mäzenatentum, das großspurige, letztlich vom Umfang aber mickrig bleibende Geldverteilen dieser „herausragenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft“, zeigt und soll gleichzeitig davon ablenken, dass sie, dass die Kapitalisten, die Profitwirtschaft, der eigentliche Moloch sind! Diese bedienen sich des Staates mit ihren Politikern, Beamten und Sicherheitsapparat (Polizei und Militär – zunehmend gemeinsam), um die Masse der Bevölkerung zu „führen“. Sprich: tagtäglich, vorerst noch „friedlich“, durch die immer anstrengender werdende und schlechter bezahlte Arbeit auszubeuten und nieder zu halten. Die bereits arbeitslos gemachten Menschen wiederum sollen damit ruhig gestellt werden, dass man ihnen sagt, sie seien selbst Schuld an ihrem Schicksal.

Über das Arbeitsmarktservice (AMS) werden die Opfer der Profitwirtschaft traktiert. Arbeitsplätze gibt es meist keine. Sie sollen willig dafür gemacht werden, es beim vielleicht doch winkenden nächsten Job noch billiger zu geben. Der frühere Name des AMS, „Arbeitsamt“ war nicht das gelbe vom Ei. Aber heute ist das AMS wirklich nur mehr ein „Service“ für den

(Arbeits-)Markt, die Menschen auch hier nur eine Ware, die hin und her geschoben werden, je nach Bedarf der Wirtschaft. Unsere Bedürfnisse nach menschengerechtem Einkommen und Leben sind da zweitrangig.

Und wenn die arbeitenden und arbeitslosen Menschen dagegen rebellieren wird – wie in den südlichen Ländern der Welt und seit der Banken- und Finanzkrise auch im Süden Europas, wo der Markt-Neoliberalismus, sprich Kapitalismus, schon in seiner viel nackteren und brutaleren Form sichtbar ist, wird dann der Staatsapparat ganz offen gegen die Menschen für die Industrie-, Bank- und Politmacht-haber und deren Profite eingesetzt.

Steuerreform?

Es ist höchste Zeit nicht nur die Reichen und Vermögenden zu besteuern und in die Schranken zu weisen, durch gemeinsamen Widerstand von unten, sondern wirklich das Steuer herumzureißen bzw. diese Art von Steuerung einfach über Bord zu werfen und durch die Steuerung der arbeitenden Menschen zu ersetzen.

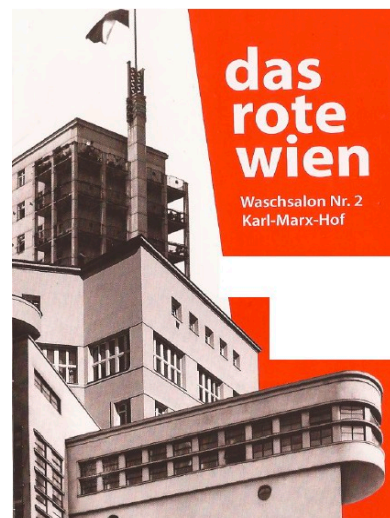
**Solidarität ist unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

Rotes Wien

Ob Wien politisch noch wirklich der roten SPÖ-Tradition verpflichtet bzw. verhaftet ist, wird viel diskutiert.

Siehe die Debatte um und Bürgermeister Häupls Ablehnung der Vermögensbesteuerung, eines SPÖ-Wahlversprechens. Sozialistische Politik wird auch im Wiener Rathaus seit Jahrzehnten nicht mehr betrieben, obwohl das der eigenen Basis weis zu machen versucht wird. Diese spürt das und glaubt das daher auch immer weniger und stimmt mit den Füßen ab. Ob da die Ankündigung, dass die Stadt Wien in den nächsten fünf Jahren erstmals seit 2004 wieder selbst 2.000 Gemeindewohnungen errichten will, genügt, wird sich zeigen. Warum hat Wien so lange keine Gemeindewohnungen gebaut und warum werden bis 2020 eigentlich nicht mehr als 2.000 errichtet?

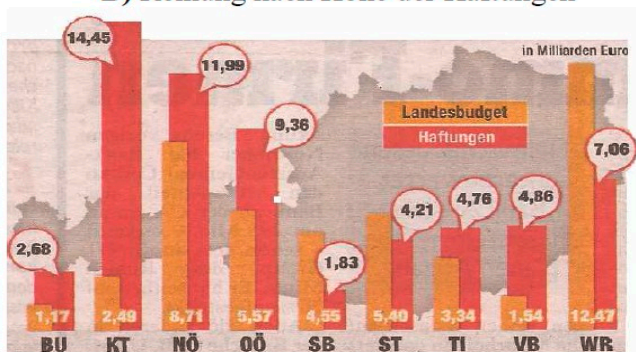
Warum eigentlich lässt sich die Stadt Wien von den privaten Hausherren, Wohnungerrichtern und „Immobilienentwicklern“ erspressen? Die Junge Generation in der SPÖ-Wien hat festgestellt, dass es in Wien rund 100.000 leer stehende Wohnungen gibt. Das treibt die Preise am Wohnungsmarkt hinauf. Warum nicht längst eine Leerstandssteuer ähnlich der Wohnbausteuer der Gemeinde Wien ab 1920. Allein seit Anfang der 2000er Jahre sind die Privatmieten in Wien um bis zu 50 Prozent gestiegen. Für junge Menschen unleistbar!



Gleichzeitig verbreiten die waschechten Bürgerlichen von ÖVP, FPÖ oder Neos, dass die SPÖ in Wien tiefrot sei und sozialistische Umverteilungspolitik betreibe. Dass es die SPÖ-Politik sei, die Wien zum Beispiel so hoch verschuldet habe. Doch beides ist nicht wahr. Weder ist Wien politisch tiefrot, noch finanziell in den tiefroten Zahlen (siehe Grafik).

Haftungen der Bundesländer

A) in Prozent der Landesbudgets
B) Reihung nach Höhe der Haftungen



A)	229	580	137	168	40	78	142	315	57
B)	7	9	4	6	1	3	5	8	2

Ziel der Übung dieser Wien-Kritiker ist, so selbst an den Bürgermeistersessel zu kommen und noch mehr und direkter schalten und walten zu können gegen die einfache Bevölkerung in Wien, nicht mehr in langwierigen Verhandlungen mit der SPÖ sich etwas herausreißen und Kompromisse eingehen zu müssen, sondern direkt an den Hebeln und Finanzquellen zu sitzen.

Genauso wenig wie es stimmt, dass Wien am höchsten verschuldet ist, genauso wenig stimmt es, dass Sparen ein Ausweg aus der Finanzkrise ist. Vor allem der Staat, oder eben die Stadt Wien, solle sparen, heißt es, weil die Abgabenquote zu hoch sei. Tatsächlich hat

der Staat dank Massensteuern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Kapitalertragssteuer auf alle Spargbücher), Rekorderinnahmen. Ausgegeben werden die aber nicht für die Zahler, sondern für die Reichen, Spekulanten, Banken usw. Die selben Kreise, die weniger Einnahmen für die öffentliche Hand verlangen, die Privatisierungen fordern, wollen „mehr Eigeninitiative“, mehr Selbstbehalte usw. von den arbeitenden Menschen. Niedrige Abgabenquote nützt der Industrie, den Reichen. Die Niedrigverdiener müssten dann noch mehr aus eigener Tasche für allgemeine Leistungen zahlen, die dann von Privaten meist teurer, oder durch Sparen beim Personal und beim Service, übernommen werden.

Wenn zum Beispiel kritisiert wird, dass bei der Einkommensteuer der Staat so viele Ausnahmen (558) zulasse, „die einen Einnahmeausfall von neun Milliarden Euro bewirken“ (Georg Weiland in der Krone, 28.2.2015), dann muss man sich erstens Fragen, warum lässt das ein Staat zu und zweitens muss man wissen, dass diese Einkommenssteuer-Ausnahmen vor allem für die Selbständigen und Unternehmer gilt, nicht für die Masse der Arbeiter und Angestellten, für die es bei der Lohnsteuer keine Ausnahmen gibt, die keinen „Gestaltungsspielraum“ zur Steuerminderung haben.

Warum zum Beispiel, muss bei einem bestimmten Höchstbetrag Schluss sein mit Besteuerungsprozentsatz und Sozialversicherungsbeitrag? Warum nicht eine allgemeine Besteuerung nach dem Motto: unten wenig, oben viel? Die Besitzstandswahrer sagen: Ungerecht, weil dann die „Leistungsträger“ mehr zur Allgemeinheit beitragen müssten.

Wirklich ungerecht ist jedoch, dass es eine so große Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen gibt und ständig eine Umverteilung von unten nach oben passiert.

ÖIAG-Neu: Etikettenschwindel ÖBIB

Weiterhin ist die Privatisierung von Volksvermögen möglich.

Alles neu und besser, wie die Regierung sagt? Die neue Struktur kostet voraussichtlich mehr als die alte. Jedenfalls hat sich die Regierung im Gesetz ÖBIB-Gesetz 2015, das mit April in Kraft tritt, die Möglichkeit zu weiteren Privatisierungen ausdrücklich offen gehalten. Im Gesetz wird der Postenbestellung sowie dem Beteiligungs- und Privatisierungsmanagement und -verfahren der meiste

Platz eingeräumt. Dies wird sowohl von den Betriebsräten der noch ÖIAG-Unternehmen als auch von den Betriebsräten der Unternehmen, die ursprünglich zur Eingliederung in die neue ÖBIB vorgesehen waren, Asfinag und ÖBB, heftig kritisiert. Die Betriebsräte weisen auf die fatalen Folgen der Privatisierungen der Vergangenheit (z.B. Voest-Alpine, Austria Tabak, AUA und zuletzt Telekom-Austria)

hin, betonten ihre Kampfbereitschaft und sprechen Alternativen an: „Wir sind bereit, gegen einen Eingliederung der Asfinag in die ÖIAG und eine in diesem Zusammenhang kolportierte 49-prozentige Privatisierung zu kämpfen“, so Asfinag-Betriebsratsvorsitzender Roman Grünerbl. „Sollte sich abzeichnen, dass wir das ÖIAG-Schicksal mit unseren Kollegen von den ÖBB teilen müssen, werden wir

auch gemeinsam in die Schlacht ziehen“, bekräftigt Grünerbel. Niemand will in eine staatliche Privatisierungsgesellschaft, aus der in den letzten Jahren außer Versilberung von Volksvermögen, Managerskandalen, Postenschacher und Arbeitsplatzvernichtung kaum etwas Gutes zu vernehmen war. Wir zweifeln stark an, dass eine zweite ÖIAG-Gesellschaft daran etwas ändern würde.“

Wenn die Politik bezüglich ÖIAG, das hieße bei Privatisierungen, Arbeitsplätzen und Steuergeld, mit ihren Einflussmöglichkeiten verantwortungsvoll umgehen wolle, dann dürfe sie sich in Zukunft nicht hinter einem künstlich aufgeblähten Verwaltungsapparat in einem neuen und doppelt so großen ÖIAG-Schreckensgespenst verstecken, fordert ÖBB-Betriebsratsvorsitzender Roman Hebenstreit: „Denn der Schrecken dieses Milliardengrabs sitzt noch im Nacken ... die ÖIAG koste die SteuerzahlerInnen mit 2,6 Millionen Euro alleine an jährlichem Aufwand für die Gehälter bereits jetzt mehr als eine halbe Bundesregierung.“

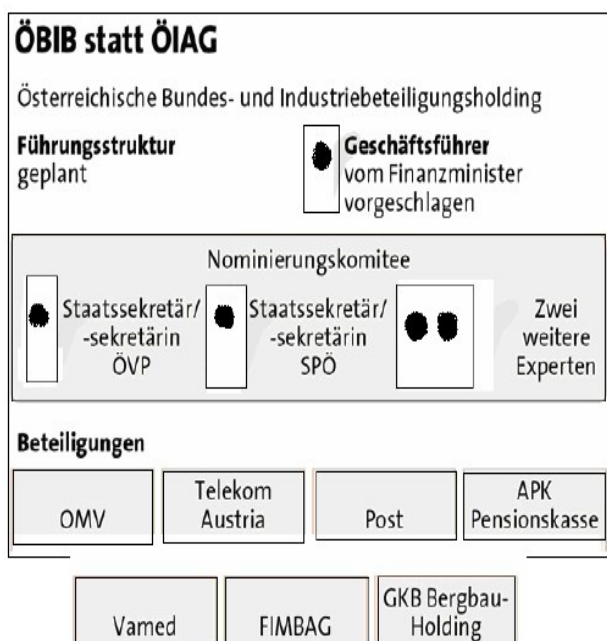
Die Kosten für Bundeskanzler, Vizekanzler samt FachministerInnen und StaatssekretärInnen beliefen sich auf 4,1 Millionen Euro ... Das Jonglieren mit Milliarden, die den SteuerzahlerInnen gehören, sowie teurer Postenschacher im Managementbereich muss aktiv abgedreht werden“, verlangt Hebenstreit.

Der Protest von ÖBB und Asfinag-Belegschaftsvertretern hat dazu geführt, dass sie vorerst nicht in die neue ÖBIB eingegliedert wurden. Ein neues „Schreckgespenst“, die neue Beteiligungsgesellschaft ÖBIB, mit der auch weitere Privatisierungen möglich sind, kommt jedoch schon. Walter Hotz, Telekom-Austria-Betriebsratschef: „Unsere Forderung war immer klar, nämlich wichtige Infrastrukturunternehmen in österreichischer Hand zu halten, und das klare Bekenntnis, zum Beispiel bei uns die Sperrminorität zu halten,

das sehe ich auch im neuen Gesetz nicht.“

Wirtschaftsminister Mitterlehner hat unter dem Vorwand der „Steuerreform“ bereits Begehrliehkeiten für eine weitere Privatisierung der Post angemeldet. Derzeit hält der Staat noch 52,8 Prozent an der Post. Die dortigen Betriebsräte lehnen eine weitere Privatisierung entschieden ab.

Denn seit der Privatisierung hat sich zwar der Kurs von 19 auf 43 Euro je Aktie mehr als verdoppelt, die Zahl der Beschäftigten und des Nettoverdienstes gingen jedoch merklich zurück, während der Arbeitsdruck enorm angestiegen ist.



„Hier den Weg der A1-Telekom zu gehen, und unter 50 Prozent zu gehen, das halte ich ehrlich gesagt für einen Schwachsinn“, sagt Telekom-BRV Hotz aus eigener Erfahrung. Tatsächlich haben die Schwarz-Blauen Schlüssel/Grasser einen späten Erfolg zu verbuchen: Die A1 Telekom Austria, ein Leitbetrieb Österreichs, das Herz der gesamten Telekommunikation, ist unter einer SPÖ-geführten Koalition nunmehr mehrheitlich in Privatbesitz eines ausländischen Milliardärs. Fast 51 Prozent der Telekom Austria gehören dem Mexikaner Carlos Slim, sagt Werner Luksch, Stv. BRV der Telekom Austria AG, bei einem Gespräch mit dem Österr. Solidaritätskomitee.

Luksch ist auch dafür, dass die A1 Telekom Austria in Zukunft wieder mehrheitlich österreichisch wird, weil nur das auch in Zukunft eine freie, leistbare, gleiche und gesicherte Kommunikation und Versorgung gewährleistet.

Was es bedeutet, dass der österreichische Staat bei der Telekom-Austria nur noch 28,42 Prozent Anteil hat zeigt sich bereits:

Dort setzt gerade der mexikanische Mehrheitseigentümer America Movil den österreichischen Technikvorstand ab. Laut Syndikatsvertrag kann America Movil acht von zehn Aufsichtsräten und zwei von drei Vorständen nominieren und damit den Telekom-Austria-Chef dominieren. Die österreichischen Steuerzahler dürfen zahlen, aber nichts entscheiden.

Wie sagte Bundeskanzler Faymann im Ministerrat am 16. Dezember 2014 zur Neuausrichtung der ÖIAG? Die Industriepolitik in Österreich sei „auch davon bestimmt, wie wir mit unseren Einflussmöglichkeiten umgehen“.

So gehen also unsere Gewählten mit „unseren Einflussmöglichkeiten“, mit dem Volksvermögen um: es wird verschleudert.

Nächster Kandidat soll die Post sein und auch die OMV oder der Verbund stehen nach wie vor auf der Abschlusliste. Wie man sieht, ist kein Verlass auf die Politik.

Die Belegschaften und ihre Vertreter haben sich gegen einen solchen Weg ausgesprochen. Widerstand ist daher angesagt und rechtzeitig nötig, bevor es zu spät ist.

Quellen: vida, APA, ORF/Ö1, GPF, Solidarwerkstatt, ÖSK-Gespräch mit Betriebsräten.

Kreiskys Vermächtnis



Vor 45 Jahren, 1970, wurde Bruno Kreisky nach dem Wahlsieg der SPÖ Bundeskanzler einer Minderheitsregierung. Er regierte dann von 1971 bis 1983 mit absoluter Mehrheit. Die ÖVP zeichnete damals von der SPÖ das Bild eines kommunistischen Schreckgespenstes. Doch Kreisky modernisierte bloß den österreichischen Kapitalismus und machte, wie er selbst betonte, kaum von der Mehrheit Gebrauch. 90 Prozent der Parlamentsbeschlüsse kamen einstimmig oder mit der Opposition zustande. Der einstige „Gott-sei-bei-uns“ der Bürgerlichen von ÖVP und FPÖ, wird heute besonders gerne von den Blauen zitiert, wenn sich die Strache-FP „arbeiterfreundlich“ zu geben versucht, um SPÖ-Stimmen zu erhalten.

Kreisky wurde abgewählt, als die Konjunktur der 1970er Jahre vorbei war und die Sozialdemokratie im Interesse des Kapitals das 1. Sparpaket – bekannt als „Mallorca-Paket“ – bei der Bevölkerung als „sozial“ verkaufen wollte. Vergessen aber wahr ist auch: Schon unter Kreisky begann der Ausverkauf und das Zusperrn der Verstaatlichten Industrie (z.B. Siemens-Lösung, VEW), wurde der Bau von sechs Siemens-AKW's beschlossen und vorangetrieben und begannen die Kapitaleinkommen stärker als die Arbeitereinkommen zu steigen.

Nach dem Atom-Nein der österreichischen Bevölkerung zum AKW-Zwentendorf (1978), dem Verlust der Parlamentsmehrheit nach dem Mallorca-Sparpaket und dem Sieg des „Bankdirektorenflügels“ (Vranitzky, Androsch ...) und somit des Neoliberalismus in der SPÖ, kam Kreisky im Alter im wesentlichen zu folgenden Schlussfolgerungen, die für SPÖ-Politiker eine vernichtende Kritik, für die SPÖ-Basis aber eine Alternative und Handlungsanleitung sein könnten:

- **Atomkraftwerke sind unbeherrschbar und daher abzulehnen**
- **der Kapitalismus kann nicht am grünen Tisch bekämpft bzw. abgeschafft werden**
- **der Bankdirektorenflügel (Androsch, Vranitzky) hat in der SPÖ die Macht übernommen. Das wird die österreichischen Arbeiter noch teuer zu stehen kommen**

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrung und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

122/15

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

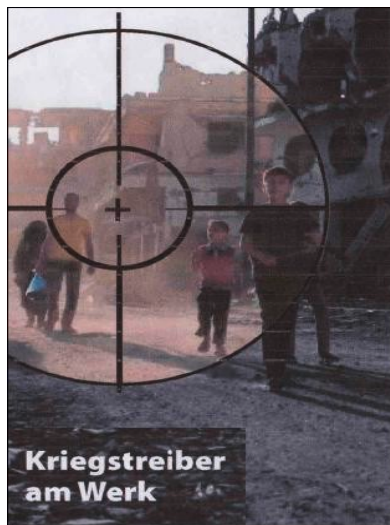
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

ANKÜNDIGUNG

Neue Broschüre:



Die Terrorattentate von New York 2001 über Madrid und London im Jahr 2006 bis hin zu Paris und Kopenhagen heuer, sie alle verurteilen wir entschieden.

Es zeigt sich nicht nur an Afghanistan oder Irak, an Libyen oder Syrien bis hin zur Ukraine, dass Anschläge und Terrorakte von den Herrschenden aller Länder dazu genutzt werden, im Namen der „Bekämpfung der Terroristen“ und der Erhaltung und des „Schutzes der demokratischen Werte“, vor dem Islam, vor Russland usw. unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt und abgebaut, Polizei und Militär massiv aufgerüstet und im Namen von „Frieden und Menschenrechte“ Kriege geführt werden und auch im neutralen Österreich Kriegshetze betrieben wird.

- ⤴ 100 Jahre nach dem Beginn des I. Weltkrieges
- ⤴ 70 Jahre nach dem Ende von faschistischer Diktatur und II. Weltkrieg
- ⤴ 60 Jahre nach der Entscheidung Österreichs für die immerwährende Neutralität als Folge der Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen und des Willens der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für fremde Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen zu werden
- ⤴ 20 Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur EU, zum großen „Friedensprojekt“

finden rund um die Welt offene und verdeckte Kriege statt und sind auch mitten in Europa Kriegstreiber am Werk. Was sind die Ursachen dafür? Wer hat den Nutzen? Was macht das neutrale Österreich? Was können wir tun?

Die neue Broschüre der „GewerkschaferInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und des „Österreichischen Solidaritätskomitees“ hilft mit Information und Aufklärung über Hintergründe und Interessenslagen zu erkennen, dass die Kriegspropaganda und die Kriege im „Friedens- und Menschenrechtsgewand“ nur im Interesse einiger weniger sind. Sie will dazu ermutigen, aktiv zu werden, zusammenzufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs ein- und aufzutreten:

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Ja zur Neutralität – Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

EINLADUNG - AUFRUF

Die Broschüre ist ab Ende April 2015 erhältlich. Wir laden alle unsere Leserinnen und Leser, Aktivistinnen und Aktivisten dazu ein, mit uns gemeinsam diese Broschüre ab 1. Mai 2015 zu verbreiten bzw. gemeinsam an Diskussionen und Veranstaltungen damit teilzunehmen.

Wer Interesse an gemeinsamem Tun und Auftreten hat, nimmt bitte mit uns Kontakt auf:

Per Brief an: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Per E-Mail: oesolkom@gmx.at

Per Telefon: 0650 830 7 830

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,

Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 188951949

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österreich. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien